

((Titel))

## **Nein zur wirtschaftsfeindlichen Erbschaftssteuer-Initiative**

((Lead))

Bei der Erbschaftssteuer-Initiative, die von linken Parteien und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund lanciert wurde, handelt es sich um eine klassische Umverteilungs-Vorlage. Die Initiative verfolgt das Ziel, Reichtum gerechter zu verteilen. Die Initiative schadet jedoch allen, ohne tatsächlich mehr Gerechtigkeit zu schaffen. Wir sollten sie deshalb ablehnen.

((Zwischentitel))

### **Eine ungerechte neue Bundessteuer**

Erbschaften über zwei Millionen Franken und Schenkungen von mehr als 20'000 Franken pro Jahr und beschenkter Person sollen vom Bund einheitlich mit einem Satz von 20% besteuert werden. Die Einnahmen sollen zu einem Drittel an die Kantone und zu zwei Dritteln an die AHV fließen. Eine Annahme der Initiative wäre nicht nur ein schädlicher Eingriff in die Steuerhoheit der Kantone, die Einführung einer Erbschaftssteuer wäre auch ungerecht, da vererbtes Geld bereits zweimal - einmal als Einkommen und ein zweites Mal als Vermögen - besteuert wurde. Insbesondere wäre eine Annahme der Initiative aber eine schwere Belastung für die Wirtschaft, vor allem für die KMU. Die rückwirkende Wirkung der Initiative auf das Jahr 2012 für Schenkungen ist zudem staatspolitisch höchst fragwürdig.

((Zwischentitel))

### **Eine schädliche KMU-Steuer**

Nachfolgeregelungen in Familienunternehmen werden massiv erschwert, wenn Erbschaften mit zwanzig Prozent besteuert werden. Die Grenze von zwei Millionen ist sehr schnell erreicht. Es ist schon heute nicht einfach, Familienunternehmen an die nächste Generation zu vererben. Mit der Erbschaftssteuer werden solche Nachfolgeregelungen zusätzlich erschwert. Die Erbschaftssteuer entzieht den KMU beim Übergang an die nächste Generation viel Geld oder blockiert Mittel des Unternehmens. Wenn einem Unternehmen Geld entzogen werden muss, um die Steuern zu bezahlen, kann dies fatale Folgen haben. Die problematischen volkswirtschaftlichen Auswirkungen einer solchen Steuer werden verdeutlicht, wenn man sich vor Augen hält, dass sich 80 Prozent der 300'000 Schweizer Unternehmen in Familienbesitz befinden. Man rechnet damit, dass in den nächsten fünf Jahren für jedes fünfte Unternehmen ein Generationenwechsel bevorsteht. An den drastischen Auswirkungen der Initiative für die Übergabe eines Unternehmens von Generation zu Generation, ändern auch die vorgesehenen Erleichterungen nichts.

((Zwischentitel))

### **Die Zuger Wirtschaftskammer empfiehlt, die Erbschaftssteuer-Initiative klar anzulehnen.**

Der Vorstand der Zuger Wirtschaftskammer empfiehlt der Zuger Bevölkerung, diese Initiative abzulehnen, weil sie bei einer Annahme grossen Schaden für die Zuger Wirtschaft und damit für den Wohlstand der Zuger Bevölkerung anrichten würde. Es ist aus unserer Sicht zudem wichtig, dass diese Vorlage klar abgelehnt wird, da damit ein deutliches Zeichen gesetzt wird. Ein deutliches Ja wäre eine klare Antwort auf die grosse Zahl von wirtschaftsfeindlichen Abstimmungsvorlagen, über die wir in den letzten und in den folgenden Jahren abzustimmen haben. Ein Nein zur Erbschaftssteuer-Initiative ist ein Bekenntnis zu starken klein- und mittelständischen Betrieben, dem Rückgrat unserer erfolgreichen Wirtschaft.

*Martin Pfister  
Vorstandsmitglied  
Zuger Wirtschaftskammer*

((Rückfragen:

Martin Pfister, Tel. +41 41 760 56 20, Tel. M +41 79 287 31 67, martin.pfister@pfisterfreipartner.ch))